



## **Psychotherapie & Berufspolitik**

- Einberufung der Landesversammlung 2
- Brief der Vorsitzenden 3
- Kassenverhandlungen – kontrovers 3
- Position des WLP in bezug auf die laufenden Kassenverhandlungen 5
- Bericht von den Vorverhandlungen mit dem Hauptverband 6
- Neue Pflichtversicherung für Freiberufler 6

## **ÖBVP/WLP Intern**

- CA-Podiumsdiskussion 9
- Generalversammlung des ÖBVP 10
- ÖBVP-Präsidiumswahl hat auch Folgen für Wien 13
- Jahresbericht des WLP für 1997 15

## **WLP-Aktuell**

- Kaminesgespräch 17
- Regionalinfo 19
- FC Freud 20

Mitgliedszeitschrift des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie

# WLP-NACHRICHTEN

## Editorial

Alles Unglück, so meinte bekanntlich Pascal, komme daher, daß wir unfähig sind, ruhig in unserem Zimmer zu sitzen. Da wir nun mal schon unsere Zimmer verlassen haben, müssen wir mit den Folgen irgendwie fertig werden. So finden sich in dieser Ausgabe Berichte und Stellungnahmen zur Generalversammlung des ÖBVP im November in St. Pölten und deren Folgen. Den WLP-Vorstand haben die Umstände, wie es zur fast vollständigen Auswechslung des Präsidiums kam, derart erschüttert und gespalten, daß er seine Arbeit auf Dauer nicht fortsetzen kann. Für Frühjahr steht ohnedies eine **Landesversammlung** in Wien an. Nun soll auf dieser ein neuer Vorstand gewählt werden. Die LV wird am **19. Februar 1998 um 19 Uhr 30** stattfinden.

Vielleicht haben Sie schon eine Aussendung des ÖBVP-Präsidiums erhalten. Die Generalversammlung im

November in St. Pölten wurde mit ihrer Tagesordnung bei weitem nicht fertig. Als Fortsetzung wird eine **a. o. GV am 10. Jänner 1998 in Salzburg** stattfinden. Der WLP-Vorstand hat mehrheitlich beschlossen, einen Antrag auf ausführliche Diskussion der Vorgänge von St. Pölten und Vorbereitung einer neuerlichen, offenen und geordneten Wahl zu stellen. Auch die Landesverbände von Oberösterreich und Kärnten sind für diese Vorgangsweise. Dort soll auch diskutiert werden, einen anderen Wahlmodus, etwa eine Briefwahl oder eine Lokalwahl (ähnlich der AK-Wahl), einzuführen.

Es gibt auch ein Leben außerhalb des Berufsverbandes. In dieses greift der Gesetzgeber mit einer neuen **Pflichtsozialversicherung für freiberufliche Psychotherapeuten ab Jänner 1998** ein, und zwar massiv. Wir bringen dazu eine offizielle Information der SVA der Gewerbli-

chen Wirtschaft, bei der diese Pflichtversicherung angesiedelt ist.

Schließlich noch eine weitere Anregung zum Verlassen des Zimmers: Unsere schon traditionelle **CA-Podiumsdiskussion**. Auch heuer haben wir interessante Gäste eingeladen, die ein spannendes Gespräch erwarten lassen. Mit **Andreas Khol**, Klubobmann der ÖVP, kommt ein namhafter Politiker, der in vielem wohl anderer Auffassung ist als wir. Gerade deshalb freut es uns, öffentlich mit der ÖVP ins Gespräch zu kommen. Mit **Konrad Paul Liesmann** wird der gegenwärtige Wiener Philosoph am Podium sitzen. **Gernot Sonneck**, vielen wohl bekannt, und **Jutta Menschik-Bendele** von der Uni Klagenfurt werden die Vertreter der Psychotherapie sein. Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen am **28. Jänner 1998** in der Creditanstalt.

Heinz Laubreuter

## Einberufung der Landesversammlung

Der WLP-Vorstand beruft für Donnerstag, den 19. Februar 1998 um 19 Uhr 30 eine Landesversammlung ein. (Der Ort wird noch bekanntgegeben.)

### Tagesordnung:

1. Bericht der Kassierin und der Rechnungsprüfer.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Vorstellung des Budgets 1998.
4. Allfälliges

Kandidaturen für den Vorstand sind bis drei Wochen vorher beim Vorstand bekanntzugeben. Anträge zur Versammlung sind bis zehn Tage vorher schriftlich an den Vorstand zu richten. Zwei Wochen vor dem Versammlungstermin wird eine Ausgabe der WLP-Nachrichten erscheinen, in der die Kandidaturen und die eingegangenen Anträge veröffentlicht werden.

## Brief der Vorsitzenden

### Liebe Mitglieder!

Es hat einige wichtige Veränderungen gegeben, und ich möchte Ihnen darüber berichten:

### Kassenverhandlungen

Es gibt neue Forderungen des HVST (Hauptverband der Sozialversicherungsträger). Und es gibt Funktionäre, die im wesentlichen zustimmen wollen. Es gibt aber auch massive Bestrebungen, Sinnvolleres zu erreichen und erst noch Strategien für kreative Vorgangsweisen zu finden.

Seit der Wahl in St. Pölten ist die Stimmung so aufgeheizt, daß sich so manches sehr viel deutlicher schreiben läßt. Lesen Sie dazu ausführlicher auf den nächsten Seiten.

### Generalversammlung

Diese GV hat viel Veränderungen bewirkt. Alle Gleichgültigkeit und alle eingefahrenen Strukturen sind auf- und wacherüttelt. Ein Generationswechsel hat stattgefunden. Die Gründergeneration hatte viel erreicht und könnte zufrieden sein. Sie hat aber auch übersehen, daß eine ganze Riege von engagierten MitarbeiterInnen nachgewachsen ist und bereit ist, für Inhalte zu kämpfen und Verantwortung zu übernehmen.

Auch Mitglieder haben sich engagiert. Es erweist sich, daß einige laut

und hörbar ihre Meinung äußern. Andere erst über die Möglichkeit der Wahl etwas ausdrücken, was sie sonst in der Öffentlichkeit nicht so leicht sagen können.

Es ist schade, daß Veränderung so erschüttert. (Je größer die Spannung, desto stärker das Erdbeben? Dann war es wohl an der Zeit.) Was immer daraus entsteht, wir sind alle Teil dieses Prozesses.

Dieses Jahr hat eher ruhig begonnen und endet eher turbulent, wünschen wir uns für 1998 eine neue Konsolidierung und Beruhigung. In diesem Sinne wünsche ich allen eine erholsame Zeit zum Jahreswechsel.

DSA Ingrid Farag

## Kassenverhandlungen – kontrovers

In den letzten Nummern der WLP-Nachrichten habe ich über die Entwicklungen bei den Verhandlungen berichtet und auch neu eine Hotline eingerichtet. Es haben sich einige KollegInnen gemeldet, um ihre Meinung mitzuteilen, bzw. um ihre Ängste auszudrücken. Inzwischen haben sich gravierende Veränderungen ergeben, die für die Zukunft richtungsweisend sein könnten.

### Zur Erinnerung:

Die größte Hürde, die uns in den letzten Jahren blockiert hat, war die Forderung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (HVST) nach einem Jahr Krankenhauserfahrung, die folgendermaßen formuliert war:

Die geforderte Qualifikation wird angenommen, wenn der Psychotherapeut mindestens 1 Jahr relevantes Tätigkeitsspektrum in einer fach einschlägigen Einrichtung des Gesundheitswesens, d. h. Krankenhaus nach KAG (davon sechs Monate geschlossener Zeitraum = 40 Std/Wo kontinuierlich) tätig war.

Unter der Verhandlungsleitung von Mag. Renate Patera haben wir diesen Forderungen in den Jahren 1995/96 standgehalten und in dieser Form zurückgewiesen. Sie ist in der Folge als Verhandlungsleiterin zurückgetreten, wie in den WLP-Nachrichten 2/97 berichtet:

... Das Verhandlungsteam wurde durch Alfred Pritz verstärkt, der Verhandlungsauftrag verändert (siehe auch den Buko-Bericht vom 1. März). Renate Patera ist als Verhandlungsleiterin am 8. April 1997 zurückgetreten, da sie unter der veränderten personellen Zusammensetzung des Teams nicht mehr gewährleisten könnte, daß die von der Bundeskonferenz gefaßten Beschlüsse (Psychotherapiegesetz als Basis der Gesamtvertragsverhandlungen) weiter Verhandlungsgrundlage bleiben. Es mehrten sich die Stimmen, die für eine mindestens halbjährige Krankenhauserfahrung als Voraussetzung für alle Wahl- und VertragspsychotherapeutInnen eintreten...

Seither wird also mit Dr. Alfred Pritz

als neuer Verhandlungsleiter vorverhandelt. Den Bericht dieser Vorverhandlungen finden Sie auf den nächsten Seiten. Dies stellte im November 1997 die Forderungen des HVST dar. Unser Team besteht aus Verhandlungsleiter Dr. Alfred Pritz, Mag. Renate Patera, Mag. Gertrud Baumgartner, Dr. Harald Meller. Wie Sie bereits wissen, würden diese Forderungen bei Zustandekommen eines Gesamtvertrages sowohl für VertragspsychotherapeutInnen als auch für WahlpsychotherapeutInnen gelten. Die derzeitige Lösung von öS 300,- Zuschuß wäre damit ersatzlos gestrichen.

Die angeführten Kriterien sind unter „Erfahrung“ in psychotherapeutischer Krankenbehandlung nicht mehr zusammenzufassen sondern bedeuten eher eine Korrektur des Psychotherapiegesetzes, bzw. „Psychotherapie als psychiatrischer Hilfsdienst“ wie es eine steirische Kollegin ausdrückte. Dennoch hat sich Verhandlungsleiter Dr. Alfred Pritz gegenüber dem Kassenarbeitskreis am 5.12.98 immer wieder für die Zu-

stimmung zu diesen Forderungen eingesetzt und wollte einen Beschluß in diese Richtung herbeiführen. Dieser kam so nicht zustande und die Diskussion wurde auf die a. o. Generalversammlung am 10.1.1998 in Salzburg verlagert. Alfred Pritz wird den HVST über die zeitliche Verschiebung informieren. Das neu gewählte Präsidium als auch einige Landesvorstände und Vereine stehen den neuerlichen Forderungen des HVST sehr kritisch gegenüber.

Sie finden anschließend auch die Position des WLP, welche vom WLP-Vorstand beschlossen und an das Kassenteam, Länder- und Vereinsdelegierte geschickt wurde. Der WLP vertritt ganz entschieden den Standpunkt, daß nur die Erfahrung in psychotherapeutischer Krankenbehandlung das einzige relevante Kriterium sein kann und daher im Zentrum der Verhandlungen stehen muß. Das heißt also die psychotherapeutische Krankenbehandlung ist nicht „äquivalent“ zur Krankenhauserfahrung, sondern dieser übergeordnet. Auch im Krankenhaus ist die spezifische Erfahrung in psychotherapeutischer Krankenbehandlung nachzuweisen. Sie haben also die Möglichkeit diese mit den Forderungen des HVST zu vergleichen und selbst die Relevanz der verschiedenen Kriterien zu unserer Berufsrealität einzuschätzen.

Das frühere Kassenteam hat angeblich nichts weitergebracht. Es hat „nur“ den Forderungen standgehalten. Wer hat dies je anerkennend bemerkt und über Worthülsen hinaus auch so gemeint? Die neue Verhandlungsleitung hat eine deutliche Bewegung gebracht. Die Position des HVST scheint mit Alfred Pritz' Position übereinzustimmen. Man könnte auch einwenden, die Bundeskonferenz hatte noch mit 2/3-Mehrheit einen Gesamtvertrag zu beschließen, aber die Organisation ist erschöpft. Das Thema hat alle Kapazitäten bereits überzogen und es besteht die Gefahr, daß viele einfach „naja“ sagen werden, „nehmen wir's, damit wir wenigstens etwas haben“.

Es ist doch erstaunlich wer sich für

welche Variante einsetzt, ob Beschlüsse der Bundeskonferenz eine Rolle spielen oder nur der eigene Wille. Es kristallisieren sich zum Thema Gesamtvertrag zwei dezidierte unterschiedliche Richtungen heraus. Ich habe selbst erlebt wie diese Differenz in Auffassungen nicht zu einer konstruktiven Auseinandersetzung führt, sondern eher verhalten Energie bindet. Es ist jetzt hoch an der Zeit diese Differenzen deutlich auch in der internen Öffentlichkeit (Mitglieder) anzusprechen und einer Austragung zuzuführen.

Wir werden es nicht vermeiden können uns für eine Richtung entscheiden zu müssen. Entweder wir betrachten das PthG als unsere Basis der Verhandlungen oder wir unterwerfen uns anderen eventuell auch medizinisch-psychiatrischen Kriterien, weil wir sozusagen „flexibel“ sind. Wobei letzteres natürlich gesellschaftlich breit Auswirkungen haben wird. D. h. alle zukünftigen Arbeitgeber werden bei der Suche nach Kriterien für die Zusammenarbeit mit PsychotherapeutInnen sich an den Gesamtvertrag anlehnen. Niemand wird so einen schwierigen Prozess freiwillig wiederholen. Niemand traut sich gesellschaftlich Neuland zu betreten. Niemand hat mehr Rüstzeug als wir. Wer sollte denn nach uns noch sinnvolle Kriterien für psychotherapeutische Krankenbehandlung formulieren und vertreten?

Diese Verhandlungen sind als berufspolitische Weichenstellungen zu sehen, d. h. das Ergebnis wird für zukünftige Verträge, Aufnahmekriterien, Qualifikationen für psychotherapeutische Berufsmöglichkeiten auf allen Ebenen als maßgebend herangezogen werden. Daher ist es so wichtig jetzt sehr genau relevante Kriterien zu verhandeln, die nicht nur der momentanen politischen Gegenwart entsprechen sondern auch in der Zukunft den psychotherapeutischen Ansprüchen standhalten.

Natürlich ist es auch wichtig wahrzunehmen, daß PsychotherapeutInnen Ängste bezüglich ihrer Berufsausübung haben. Können sie damit auch

manipuliert werden? Sollen wir uns von Horrorszenarien „Andere werden sich den Kuchen aufteilen“ panikartig treiben lassen? Gibt es überhaupt Alternativen? Ist nicht zu überlegen welche Strategien wir dem HVST gegenüber einschlagen, statt „freundschaftliche“ Gespräche zu führen? Seit Jahren haben wir einen sogenannten „PR-Profi“ an der Spitze unseres Vereins. Ist nicht gezielte PR schon überfällig?

Wollen wir den Wünschen des HVST nach einem Flaschenhals entgegenkommen? Oder vertreten wir unsere Mitglieder und die psychotherapeutische Berufsrealität?

Dieser Prozess ist an Inhalte und diese wiederum an Personen gebunden. Es wäre diese Diskussion bereits heuer im April beim Wechsel der Verhandlungsleitung angestanden. Jetzt ist so viel Aufmerksamkeit entstanden, nützen wir sie!

DSA Ingrid Farag

**Zu vermieten:**

**9. Bezirk**

nahe WU, FJBH, U4, U6

neu adaptiertes  
Biedermeierhaus –  
Erstbezug – Zentralheizung

2 Räume + 3 Nebenräume  
ca. 54 m2 mit Direktzugang  
von Straße

geeignet als Ordination oder  
Therapie- bzw. Massageraum

Miete ohne BK.: öS 8.100,-

Privatvergabe  
Tel.: 479 68 76  
470 01 86  
408 17 94

bez. Anzeige

# Position des WLP in bezug auf die laufenden Kassenverhandlungen

Laut Information über die Verhandlungen stehen die folgenden Punkte zur Diskussion:

- a) Erfahrung in psychotherapeutischer Krankenbehandlung von 1000 Stunden nach der Eintragung in die Liste
- b) Kooperation mit medizinischen Einrichtungen
- c) breite Erfahrung, Diagnosespektrum

ad a)  
Wir akzeptieren, daß der HVST PsychotherapeutInnen mit Berufserfahrung wünscht. Zentrum der Verhandlung sollte die „Erfahrung in psychotherapeutischer Krankenbehandlung“ sein. D. h. diese „Erfahrung in psychotherapeutischer Krankenbehandlung“ müßten alle Äquivalente als Voraussetzung erfüllen. Das ist jene Erfahrung, die für unseren Beruf relevant ist und als Kriterium sinnvoll sein kann. Selbstverständlich ist

die psychotherapeutische Krankenbehandlung ebenso während und nach der Ausbildung im Krankenhaus möglich und daher auch nachzuweisen.

Als Berufserfahrung schlagen wir ein Ausmaß von 800–1200 Stunden in psychotherapeutischer Krankenbehandlung vor (inkl. der Stunden, die während der Ausbildung absolviert wurden). Der Anteil nach Eintragung in die Liste soll 300–700 Stunden betragen.

ad b)  
Die Kooperation unseres Berufsstandes mit medizinischen Einrichtungen ist gegeben und der Nachweis darüber müßte der Wirklichkeit der Zusammenarbeit entsprechen, d. h. einige Überweisungen von und gelegentlichen Rücksprachen mit ärztlichen KollegInnen. Die Eigenständigkeit des Berufs muß gewahrt bleiben,

d. h. PsychotherapeutInnen sollen nicht als Bittsteller an andere Berufsgruppen herantreten müssen. Die Definitionsmacht über die Kooperation mit medizinischen Einrichtungen müssen wir behalten.

ad c)  
Wir akzeptieren, daß der HVST für die VertragspsychotherapeutInnen Erfahrung mit einem breiten Diagnosespektrum wünscht und daß die Reihung der VertragspsychotherapeutInnen nach weitgehender Vollständigkeit des breiten Spektrums vorgenommen wird.

Im Bereich der Wahlpsychotherapie ist von der Realität auszugehen, daß fast alle KollegInnen Bereiche haben, in denen sie nicht arbeiten. Auch muß es SpezialistInnen geben. Diese sind vor allem in dicht besiedelten Gebieten sinnvoll und notwendig.

**Schöner, heller PRAXISRAUM**

ca. 30 m<sup>2</sup>, beste Lage in Wien bei der Oper (gegenüber Ringstraßengalerien)

**zu vermieten.**

Geeignet als Einzeltherapieraum.

bei: Mag. Astrid Zips  
Mahlerstraße 7/19, 1010 Wien  
Tel. 513 72 76

bez. Anzeige

**Heller ruhiger Raum**

in Praxisgemeinschaft im 7. Bezirk

**an Kollegin**  
(Psychotherapeutin, Supervisorin, Ärztin)

**zu vermieten.**

Information: Anna Kubesch  
Tel: 01/522 46 70

bez. Anzeige

Drei helle, ruhige, völlig neu adaptierte

**Praxisräume**

(24 und 12 m<sup>2</sup>, Schloßparkett, Altbau)

**in 1020 Wien U1, NESTROYPLATZ**

für Einzelstunden, Seminare und Gruppen zu vermieten.

Tel./Fax: 214 27 88

bez. Anzeige

## Bericht von den Kassenvorverhandlungen mit dem HVST

Nach zweimaligen „Vorverhandlungen“ am 2.10. und 20.11.1997 stellt sich nun die aktuelle Verhandlungssituation wie folgt dar:

Der HVST fordert zusätzlich zur „Berechtigung der freiberuflichen Psychotherapie“ zur Erlangung der Kassenabrechnungsfähigkeit (sowohl für VertragspsychotherapeutInnen wie auch für WahlpsychotherapeutInnen) folgende „Erfahrungsnachweise in der Behandlung von psychisch kranken Personen in einem breiten Diagnosespektrum“ – drei verschiedene Nachweisvarianten sind möglich:

1. Ein Jahr vollberufliche Tätigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus – stationär oder ambulant;
2. ½ Jahr vollberufliche Krankenhausserfahrung (jeglicher Art) plus 500 Stunden psychotherapeutische Krankenbehandlung nach Eintragung in

die Liste des BMAGS in den Diagnosegruppen „Organische und nichtorganische Psychosen sowie Suchterkrankungen“ in laufender Kooperation mit niedergelassenen ÄrztInnen oder medizinischen Institutionen.

3. 1000 Stunden psychotherapeutische Krankenbehandlung nach Eintragung in die Liste des BMAGS in den Diagnosegruppen „Organische und nichtorganische Psychosen sowie Suchterkrankungen“ (450 Stunden) sowie „erhebliche neurotische bzw. psychosomatische Störungen“ (550 Stunden) in laufender Kooperation mit niedergelassenen ÄrztInnen oder medizinischen Institutionen im Zeitraum der letzten drei Jahre, dazu zwei Monate (teilbar in zwei geschlossene Teile) vollberufliche Begleitung der Tätigkeit eines/r Fachärztin für Psychiatrie entweder im Rahmen einer psychiatrischen Abteilung oder einer niedergelassenen psychiatrischen Praxis.

Dazu „14 Tage – ganztägig – psychiatrischer Theoriekurs bzw. Seminar zur Behandlung von besonders schweren Erkrankungen“.

### Zur begrifflichen Klärung

„Vollberuflich“:  
40 Stunden pro Woche bezahlt oder unbezahlt  
„Psychiatrisches Krankenhaus“:  
stationär oder ambulant, jedenfalls muß der Rechtsstatus einer Krankenanstalt gegeben sein.  
„Nachweis von Stunden Krankenbehandlung“:  
in Form von Falldarstellung – Verlaufsdarstellung  
„Kooperation“:  
Zusammenarbeit muß aus den (anonymisierten) Behandlungsunterlagen/Falldarstellungen hervorgehen.

Bericht des  
ÖBVP-Verhandlungsteams

## Neue Pflicht-Sozialversicherung ab Jänner 1998

Ab 1. 1. 1998 gilt für freiberufliche Psychotherapeuten eine Pflichtversicherung. (Zu Redaktionsschluß bedarf diese Novelle noch der Zustimmung durch den Bundesrat.) Eine detaillierte Darstellung in Form einer Veröffentlichung der SVA der Gewerblichen Wirtschaft ist in dieser Ausgabe abgedruckt. Jedes freiberufliche Einkommen ist ab Jänner sozialversicherungspflichtig (Kranken-, Pensions-, Unfallversicherung) bei der SVA der Gewerblichen Wirtschaft. Ausnahme: Wer nur freiberuflich tätig ist und weniger als 88.000,- Gewinn vor Steuer erzielt; wer, auch noch in einem Angestelltenverhältnis, weniger als 45.960,- Gewinn vor Steuer erzielt. Weitere Ausnahmen betreffen die Pensionsversicherung und hängen von Alter und Beitragsjahren ab (siehe dazu den SVA-Artikel). Ist jemand Freiberufler und Angestellter, so gilt: Die Einkommen werden hinsicht-

lich des Krankenkassenbeitrages zusammengerechnet, bis zur Höchstbeitragsgrundlage. Hinsichtlich der Pensionen werden die Einkommen bis zum Jahr 2000 nur zusammengerechnet, wenn der Angestellte in die AVG einzahlt. Ist jemand pragmatisierter Beamter, wird der Pensionsbeitrag bis zum Jahr 2000 unabhängig vom Beamteneinkommen berechnet, bis zur Selbständigen-Höchstbeitragsgrenze von 588.000,- Gewinn. Bis zum Jahr 2000 gilt: Unabhängig von der Verteilung des Einkommens freiberuflich/angestellt werden die Krankenscheine von der Angestellten-Versicherung bezogen. Vom Gesetz her besteht die Verpflichtung, sich bis Ende Jänner bei der SVA der Gewerblichen Wirtschaft zu melden. (In jedem Fall wird sich die SVA die Daten vom Finanzamt besorgen.) Das geschieht mit einem formlosen Schreiben: „Ich melde mich zur Selbständigen-

Pflichtversicherung an; ich übe den Beruf des Psychotherapeuten aus.“ Wer nicht sicher ist, ob er die Einkommensgrenze erreichen wird, kann in dem Schreiben die sogenannte „Opting in“-Erklärung abgeben (siehe SVA-Beitrag) und sichert sich somit jedenfalls die Krankenversicherung. Für Bedeutung ist das natürlich in erster Linie für reine Freiberufler, die bislang auch bei niemandem mitversichert sind. Wer der SVA-Verwaltung entgegenkommen will, gibt in dem Schreiben auch Sozialversicherungs- und Steuernummer bekannt. Sollten für Sie noch Fragen offen bleiben, so können Sie sich gerne schriftlich an das WLP-Büro wenden. Wir werden im Jänner alle offenen Fragen einem Sozialversicherungsexperten vorlegen und seine Stellungnahmen dann veröffentlichen.  
Heinz Laubreuter  
(siehe auch Nebenseite)

## Neue Versicherte in der GSVG- Sozialversicherung

Der Gesetzgeber weicht mit der vor kurzem beschlossenen Sozialnovelle erstmals vom bisher geltenden Prinzip ab, wonach nur mehr oder weniger genau definierte Berufsgruppen (z. B. Gewerbetreibende) sozialversichert sein können. Ab 1998 werden alle Personen, die aufgrund einer betrieblichen Tätigkeit entweder „Einkünfte aus Gewerbebetrieb“ oder „Einkünfte aus selbständiger Arbeit“ erzielen, in die gewerbliche Kranken- und Pensionsversicherung sowie in die ASVG-Unfallversicherung einbezogen, sofern sie aufgrund dieser Tätigkeit nicht bereits nach dem GSVG oder einem anderen Bundesgesetz (z. B. ASVG, FSVG) pflichtversichert sind. Von dieser grundsätzlichen Regelung gibt es eine generelle Ausnahme:

**Nichterreichen der Versicherungsgrenze**  
Eine Ausnahme von der Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung tritt immer dann ein, wenn die GSVG-Beitragsgrundlage die steuerliche Veranlagungsgrenze von 88.800 S (= Versicherungsgrenze) nicht übersteigt, keine weitere Erwerbstätigkeit ausgeübt und auch keine Pension (Ruhegehalt) bezogen wird. Wird neben der freiberuflichen eine nicht GSVG-versicherte Erwerbstätigkeit (hier zählen alle versicherungspflichtigen und nichtversicherungspflichtigen) ausgeübt oder bereits eine gesetzliche Pension (Rente, Ruhegehalt) bezogen, so gilt als Versicherungsgrenze das Zwölfwache der ASVG-Geringfügigkeitsgrenze (1998: 45.960 S, 3.830 S pro Monat).

**„Opting in“ in der Krankenversicherung**  
Das Einsetzen der Pflichtversicherung hängt davon ab, ob die Einkünfte aus der freiberuflichen Erwerbstätigkeit die Versicherungsgrenze übersteigen. Das sieht man allerdings erst dann, wenn der Einkommensteuerbescheid des Beitragsjahres vorliegt. Um einen permanenten Krankenversicherungsschutz zu gewährleisten, kann man

anlässlich der Meldung beim Versicherungsträger erklären, daß man jedenfalls krankenversichert sein möchte, auch wenn die Versicherungsgrenze nicht überschritten wird. In diesem Falle kann der Krankenschutz nicht rückwirkend wegfallen, die Beiträge sind auf Basis der GSVG-Mindestbeitragsgrundlage für Gewerbetreibende (1998 13.761 S monatlich) zu bezahlen.

In der Pensionsversicherung ist diese „freiwillige Pflichtversicherung“ nicht möglich, im nachhinein auftretende Versicherungslücken (infolge zu geringer Einkünfte) können eventuell durch eine Weiterversicherung geschlossen werden.

### Übergangsbestimmungen

Um Härtefälle zu vermeiden, die mit der neuen Pflichtversicherung verbunden sein könnten, hat der Gesetzgeber für die Sparte Pensionsversicherung zwei Übergangsbestimmungen beschlossen:

- **Ausnahme wegen Altersgrenze:** Von der neuen Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung sind alle Frauen und Männer ausgenommen, die am 1. Jänner 1998 das Anfallsalter für eine vorzeitige Alterspension wegen Erwerbsunfähigkeit erreicht haben (das ist für Frauen das 55., für Männer das 57. Lebensjahr).
- **Befreiung wegen 50. Lebensjahr:** Frauen und Männer, die am 1. Jänner 1998 das 50. Lebensjahr vollendet und weniger als 180 Beitragsmonate der Pflichtversicherung erworben haben, werden auf Antrag von der neuen GSVG-Pensionsversicherung befreit.

### Versicherungsschutz ab 1998

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe spielt – wie bereits erwähnt – für den Eintritt der Versicherungspflicht keine Rolle; es genügt,

daß aus einer freiberuflichen Erwerbstätigkeit entsprechend hohe Einkünfte erzielt werden. Erfasst werden sowohl Einzelunternehmer als auch Gesellschafter, wobei der Kreis der versicherungspflichtigen Gesellschafter bewußt erweitert wurde: Die Gesellschaft braucht – im Unterschied zu bisher – keine Gewerbeberechtigung, auch unechte stille Gesellschafter, die am Vermögen beteiligt sind, oder Gesellschafter bürgerlichen Rechts sind versicherungspflichtig. Ausgenommen sind nur die Kommanditisten einer KG oder einer KEG.

Alle bisher nicht versicherungspflichtigen Personen, die am 1. Jänner 1998 eine betriebliche Tätigkeit im Sinne der neuen Bestimmungen ausüben, müssen sich innerhalb eines Monats – also bis spätestens Ende Jänner 1998 – bei der SVA melden. Ungeachtet dieser Meldeverpflichtung werden der SVA alle letztgültigen Einkommensteuerbescheide übermittelt, in denen Einkünfte aus Gewerbebetrieb und/oder selbständiger Arbeit aufscheinen. Auf Basis dieser Daten wird untersucht, ob bereits eine Pflichtversicherung (z. B. als Gewerbetreibender oder aufgrund eines freien Dienstvertrages) besteht. Ist dies nicht der Fall, so wird die SVA mit dem neuen Versicherten Kontakt aufnehmen und die Einbeziehung in die Pflichtversicherung veranlassen. Auch wenn man sich nicht rechtzeitig bei der SVA gemeldet hat, werden beispielsweise Psychologen, Psychotherapeuten, Pysiotherapeuten usw. ab Jänner 1998 in die neue Pflichtversicherung einbezogen. (Für Kunstschaffende im weitesten Sinn – z. B. auch Schriftsteller – setzt die Pflichtversicherung erst im Jahr 2000 ein.)

### Beginn und Ende der Pflichtversicherung

Die Pflichtversicherung beginnt grundsätzlich mit dem Tag der Aufnahme der betrieblichen Tätigkeit. Bei Versäumung der einmonatigen

Meldefrist beginnt die Pflichtversicherung allerdings schon mit Beginn des Kalenderjahres, in dem die Versicherungsgrenzen überschritten werden. (Bei Nichtmelden würde die Pflichtversicherung mit Jahresbeginn 1998 einsetzen, wenn im Steuerbescheid 1998 – frühestens 1999 – entsprechend hohe Einkünfte aufscheinen.) Zu einem abweichenden Beginn der Pflichtversicherung kann es nur dann kommen, wenn der Versicherte glaubhaft macht, daß er seine betriebliche Tätigkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen hat. Wird die Krankenversicherung anlässlich der Meldung beim Versicherungsträger ausdrücklich beantragt („Opting in“), beginnt die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung mit dem Einlangen der Meldung bei der SVA. Entsprechendes gilt für das Ende der Pflichtversicherung. Sie endet mit dem Letzten des Kalendermonates, in dem die betriebliche Tätigkeit beendet wird. Bei Meldepflichtverletzung endet die Pflichtversicherung erst mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die betriebliche Tätigkeit eingestellt wird. Die Glaubhaftmachung einer früheren Beendigung der betrieblichen Tätigkeit ist zulässig. In den Fällen des „Opting in“ endet die Krankenversicherung mit dem Letzten des Kalendermonates, in dem sich der Versicherte abmeldet, oder bei Nichtbezahlung der Beiträge innerhalb von drei Monaten ab Fälligkeit mit Ablauf des dritten Monats.

**Beitragsgrundlagen und Beitragssätze**

Die Novelle bringt eine grundlegende Änderung des Systems zur Ermittlung der Beitragsgrundlage. Ab 1998 wird die Beitragsgrundlage stets von den Einkünften laut Steuerbescheid des Beitragsjahres abgeleitet; der bisher vorgesehene Rückgriff auf das dritt-vorangegangene Kalenderjahr entfällt. Da die Einkünfte des Beitragsjahres immer erst im nachhinein von den Finanzbehörden festgestellt werden können, müssen die Beiträge im Beitragsjahr zunächst von einer vorläufigen Beitragsgrundlage berechnet und vorgeschrieben werden. Sobald der Einkommenssteuerbescheid des Beitragsjahres vorliegt, kommt es zu ei-

ner Nachbemessung. Für die neuen Pflichtversicherten, die am 1. Jänner 1998 bereits eine betriebliche Tätigkeit im Sinne der neuen Pflichtversicherung ausüben und ab diesem Zeitpunkt in die Pflichtversicherung einbezogen werden, sind folgende Sonderbestimmungen vorgesehen:

**Vorläufige Versicherungsbeiträge**

Für die Jahre 1998 bis 2000 gilt als vorläufige Beitragsgrundlage die für Gewerbetreibende geltende Mindestbeitragsgrundlage (1998: 13.761 jährlich bzw. 133.761 S monatlich). Werden geringere Einkünfte erwartet, so kann der Versicherte eine Herabsetzung der vorläufigen Beitragsgrundlage, und zwar bis auf 88.800 S (7.400 S monatlich) beantragen. Der vorläufige Beitrag beträgt im nächsten Jahr zur Krankenversicherung 1.252,25 und zur Pensionsversicherung 1.995,35 S pro Monat (bei Herabsetzung: 673,40 und 1.110 S). Dazu kommt der einkommensunabhängige Beitrag zur Unfallversicherung, der im nächsten Jahr 1.007 S ausmacht.

**Nachbemessung**

Sobald der rechtskräftige Einkommensteuerbescheid vorliegt, erfolgt eine Nachbemessung. Der Versicherte muß mit einer Nachzahlung rechnen, die den tatsächlich erzielten Einkünften – genauer gesagt der daraus resultierenden Beitragsgrundlage – entspricht.

**Ermittlung der Beitragsgrundlage**

Die endgültige Höhe der Beitragsgrundlage hängt von den Einkünften des Beitragsjahres ab. Es zählen die im Steuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte aus selbständiger Arbeit bzw. aus Gewerbebetrieb. Zu diesen Einkünften werden allfällige Investitionsfreibeträge und die im Beitragsjahr von der SVA vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge, sofern sie als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können, hinzugerechnet. Das Ergebnis ist die individuell ermittelte Beitragsgrundlage, die sich allerdings nur innerhalb eines bestimmten Rahmens – vorgegeben durch die Mindest- bzw. Höchstbeitragsgrundlage – bewegen kann.

**Mindest-/Höchstbeitragsgrundlagen**

Bei den neuen Pflichtversicherten orientiert sich die Mindestbeitragsgrundlage an den, auf den Kalendermonat bezogenen, Versicherungsgrenzen (7.400 bzw. 3.830 S). Für Personen, die die Krankenversicherung ausdrücklich beantragt haben („Opting in“), gilt die Mindestbeitragsgrundlage für Gewerbetreibende von 13.761 S. Die monatliche GSVG-Höchstbeitragsgrundlage beträgt 1998 49.000 S. Darüber hinausgehende Einkünfte sind sozialversicherungsfrei.

**Beitragssatz**

Von der Beitragsgrundlage sind bestimmte Prozentsätze als Beitrag zur Kranken- bzw. Pensionsversicherung zu zahlen. Dieser Beitragssatz beträgt in der GSVG-Krankenversicherung 1998 einheitlich 9,1 Prozent. In der Pensionsversicherung gelten unterschiedliche Beitragssätze: Neue Pflichtversicherte beginnen 1998 mit einem Beitragssatz von 15 Prozent, der jährlich bis 2008 um 0,5 Prozentpunkte erhöht wird. Ab 2009 gilt dann ein Beitragssatz von 20,25 Prozent. Gewerbetreibende und Gewerbebesitzer behalten den Beitragssatz von 14,5 Prozent; er gilt auch dann, wenn nebenbei eine bisher nicht versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.

**Beitragsvorschreibung**

Die vorläufigen Versicherungsbeiträge werden in der SVA quartalweise vorgeschrieben. Sie sind zum Ablauf des zweiten Quartalmonats fällig und innerhalb von 15 Tagen ab Fälligkeit einzuzahlen. Bei Zahlungsverzug werden Zinsen angelastet, in weiterer Folge kommt es zur Mahnung (über Postauftrag) und allenfalls zur Exekution.

Die frühesten Beitragsvorschreibungen erfolgen voraussichtlich bereits im 1. Quartal 1998; im Einzelfall kann es jedoch auch länger dauern. Die jeweils erste Vorschreibung beinhaltet die Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge ab Versicherungsbeginn und den Unfallversicherungsbeitrag für das gesamte Jahr 1998 (1.007 S).

CA-Veranstaltung

Die therapeutische Gesellschaft?!

Gelegentlich wird von einem „Psycho-Boom“ gesprochen. Wenn es ihn gibt, was ist es, das hier boomt: Das psychotherapeutische Angebot? Das psychotherapeutische Bedürfnis? Die therapeutisch relevanten psychischen Störungen?

Ist das Reden vom Psycho-Boom eine Gegenbewegung der Gesellschaft gegen die, auch kulturkritischen, Erkenntnisse der psychotherapeutischen Wissenschaft?

Psychotherapie übt offenbar große Anziehungskraft aus. Bleibt sie Autonomie-fördernd? Wird sie ein Beitrag zur sogenannten Infantilisierung der Gesellschaft?

Steht eine Positive Politik, etwa in der Familienpolitik, in Widerspruch zur Forderung, mehr Menschen den Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung zu ermöglichen?

Podiumsdiskussion

Univ. Prof. Dr. Andreas KHOL  
Klubobmann der Österreichischen Volkspartei

Univ. Doz. Dr. Konrad P. LIESSMANN  
Philosoph, Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Jutta MENSCHIK BENDELE  
Psychotherapeutin, Vorstand des  
Instituts für Psychologie,  
Universität Klagenfurt

Univ. Prof. Dr. Gernot SONNECK  
Psychotherapeut,  
Vorstand des Instituts für medizinische  
Psychologie, Universität Wien

Moderation:  
Barbara RETT

Am Mittwoch, den 28. Jänner 1998, um 20 Uhr  
im Oktogon der Creditanstalt  
1010 Wien, Schottengasse 6

Anschließend bittet die Creditanstalt zu einem Buffet.

## Stellungnahmen zur

## Generalversammlung des ÖBVP

Am 22.11.1997 fand in St. Pölten die Generalversammlung des ÖBVP statt.

Die Mitglieder des ÖBVP haben gewählt! Haben sie das?

**W**ählen setzt voraus, daß man sich entscheiden kann zwischen zwei oder mehreren Dingen, Menschen usw., und für gute Entscheidungen ist es nötig, über die verschiedenen Möglichkeiten ausreichend Bescheid zu wissen. Der Großteil des WLP Vorstandes distanziert sich von der Vorgangsweise, wie diese Wahlen durchgeführt wurden – wo im geheimen Unterschriftenlisten für eine Gegenkandidatur für das Amt des (der) PräsidentenIn gesammelt wurden und dann als Überraschungscoup die Kandidatur bekanntgegeben wurde.

Die Geschäftsordnung läßt Nachnominierungen mit Zustimmung der Wahlkommission zwar zu, doch ist diese Art eine Nachfolgerin zu finden eine, die offen angesprochene Konflikte zwar für's erste vermeidet, aber dadurch noch größere schafft.

Als Wiener Vorstandsmitglied war ich vorher noch in der LÄKO, wo das Budget 1998 besprochen wurde, Meinungen und Standpunkte zu den Krankenkassenverhandlungen sowie zur KOR erhoben wurden. Zum Thema KandidatInnen für die anstehende Wahl, welches von Fr. Dr. Szyszko-vits angeschnitten wurde, gab es nur Schweigen. Ich deutete es so, daß nichts Prinzipielles gegen sämtliche KandidatInnen spricht und jeder dann seine persönliche Wahl treffen wird. An dieser Sitzung nahmen auch KolligenInnen teil, die von der Unterschriftenlisten wußten bzw. diese mittrugen...

Als dann schon während des Anfangs der Generalversammlung Unruhe im Saal war, forschte ich nach und erfuhr – unter der Hand –, daß es noch eine Kandidatur für den Präsidenten außer Herrn Pritz gab, nach und nach ... Fr. Patera. Es hätten sich 38 Personen mit ihrer Unterschrift für diese Kandidatur eingesetzt. Ich war sprachlos! Solch eine unsensible und schlußendlich nur schädliche Vorgangsweise entsetzte mich. Doch es kam noch ärger.

Die Wahlkommission, die diese last minute Bewerbungen zuließ, zeigte sich selbst überrascht und kündigte die zusätzliche Kandidatur als Überraschung an. Laut Geschäftsordnung müssen sämtliche Kandidaturen und Wahlvorschläge bis spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung der Wahlkommission bekanntgegeben werden, eine Nachnominierung ist mit Zustimmung der Wahlkommission möglich und diese hatte offenbar keine Bedenken oder das Denken ließ aus. Die Möglichkeit einer so wesentlichen Veränderung eines Präsidiums, wie es durch diese Kandidatur und die kurz darauf folgende Ankündigung, daß Hr. Chimani für den Vizepräsidenten kandidiert – geschah –, hätte die Wahlkommission verantwortlicherweise dazu veranlassen müssen, diese Entscheidung entweder zur Abstimmung in die Generalversammlung zurückzugeben oder diese Kandidaturen nicht zuzulassen.

Unserem Verein und dem Berufsstand in seiner Vertretung nach außen wurde übel mitgespielt, möglicherweise aus höheren Motiven seitens der BetreiberInnen dieser zusätzlichen Kandidaturen. Ich stimme da auch völlig zu, daß es wichtig und gut ist, bei einer Wahl auch wählen zu können, Alternativen zu haben, aber diese eindeutig...

Eine Auseinandersetzung mit einer sinnvollen Nachfolge wäre jetzt angebracht gewesen, ein konstruktiver Umgang mit verschiedenen Standpunkten.

Im besonderen löste all dies auch Probleme im Wiener Vorstand des ÖBVP aus. Zwei VorstandskollegInnen unterstützten die Unterschriftenliste – ohne den restlichen Vorstand davon zu verständigen. Eine berufliche Zusammenarbeit mit Personen, die solch einen Arbeitsstil haben, ist nicht möglich.

Vertrauen, Offenheit und Auseinandersetzung sind für mich wesentliche Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit, dazu gehören auch Meinungsverschiedenheiten. Die Spaltung oder positiv benannt, die Dynamik, die durch diese Wahlen passierte wird in jedem Fall Auswirkungen zeigen. Bisher haben viele Mitglieder, bzw. Vereine bereits Neuwahlen gefordert um eine übersichtliche und faire Entscheidung zu garantieren. Und wenn diesselben Personen gewählt würden, machte es einen Unterschied!

Der WLP hat nun beschlossen, eine Landesversammlung mit Neuwahlen abzuhalten, da ein gemeinsames Arbeiten bei solch eindeutig ausgesprochenem Mißtrauen nicht möglich ist. Diese wird am 19.02.1998 sein. Dieser Schritt erscheint uns klarer und eindeutiger gerade für die Sache, als ein auf den Sessel beharren trotz gravierender Auffassungsunterschiede. Gerade weil es mir persönlich um die Arbeit in unserer Berufsvereinigung geht und ich noch immer Freude daran habe.

Ingrid Erkingler

**I**ch möchte die Geschehnisse um die Generalversammlung aus meiner Sicht schildern und zwar unterteilt in die Sachverhaltsdarstellung, meine Motivation zur Unterschrift und die Auswirkungen auf den WLP wie ich sie sehe.

### Sachverhaltsdarstellung

In den letzten zehn Tagen vor der GV haben sich doch die Stimmen gehäuft, die eine zusätzliche Kandidatur zur Präsidentschaft wünschten. Zunehmend war Druck an verschiedenen Orten zu verschiedenen Themen spürbar. Die Kritik an Alfred Pritz wurde konkreter und die Kandidatur ohne Alternative unerträglich.

Um die Relevanz und das Gewicht dieses Wunsches nach einer Alternative zu konkretisieren, entstand die Idee, mit Hilfe von Unterschriftenlisten eine Kandidatur zu ermöglichen. Bis kurz vor Beginn der GV war dieses Personenkommittee auf ca. 35 angewachsen und die Listen wurden der Wahlkommission übergeben. Diese wurde darin aufgefordert, eine Kandidatur vom Mag. Renate Patera zu ermöglichen. Da R. Patera in diesen Prozeß nicht einbezogen war, wußten wir bis zuletzt nicht, ob sie die Nominierung annehmen würde. Die Kandidatur von Dr. Norbert Chimani (bisher ein Sprecher der Vereinskonzferenz der Buko) war für alle überraschend. Die Versammlungsleitung schritt zur Wahl und forderte alle KandidatInnen auf, sich nur kurz vorzustellen.

### Meine Motivation

**D**ie Inhalte wie Kassenvertrag und Kammerregelung waren und sind mir wichtiger als die persönlichen Beziehungen zu einzelnen Personen. Den Kassenvertrag auf Basis des PthG zu erreichen, war mein Ziel. Dieses scheint unter der

Leitung von Alfred Pritz gefährdet. Es muß zwar ein Vertrag von einer 2/3-Mehrheit der Buko beschlossen werden, aber auch Bundeskonferenzen können sich erschöpfen.

Dann war da noch ganz kurzfristig die Geschichte mit dem Gesetzesvorentwurf zur Kammer. Die Tiroler berichteten: Seit Februar 1997 liegt ein Gesetzesvorentwurf des BM zu einer Psychotherapeutenkammer vor. Dieser sieht ein eng strukturiertes, zentralistisches Kammermodell u. a. mit vom Präsidium bestellten, weisungsgebundenen Geschäftsstellenleitern vor. Dr. Alfred Pritz und Dr. Heiner Bartuska wurden davon im April/Mai 1997 informell in Kenntnis gesetzt. Inzwischen war es Mitte November! Im Präsidium war diese Information nicht besprochen worden. Es hat gebrodelt. Daß das Thema Kammer sowieso Ängste auslöst, wissen wir auch alle, jetzt gingen sie über.

Ich konnte Alfred Pritz nicht mehr vertrauen und hatte ihm das zum Thema Gesamtvertrag und dem berühmten halben Jahr Krankenhauserfahrung auch direkt gesagt. Es hatte nichts bewirkt.

Ich war des Redens müde und hatte das Bedürfnis nach tatsächlicher Veränderung. Die Zeit schien reif, denn es gab zunehmend solche Stimmen. Ich schloß mich der Idee an, eine weitere Kandidatur zur Präsidentschaft zu ermöglichen.

### Auswirkungen auf den WLP

**I**n Wien wird alles entschieden!“ Zitat von Alfred Pritz. Also ist es nicht verwunderlich, daß die Bundeswahlen auch in Wien Landesverbandswahlen auslösen. Die eigenständige Position des WLP gegenüber den Bundesaktivitäten wie z. B. zum Gesamtvertrag hat die Zusammenarbeit mit Alfred Pritz nicht wirklich erleichtert und hat speziell

in Wien (anders als z. B. in Tirol) eine schwierige Situation geschaffen. In der letzten Zeit war es schon für alle im WLP-Vorstand erkennbar, daß die Kommunikation und jede Information zwischen Alfred Pritz zum und vom WLP an mir vorbei über meine 1. Stv. Jutta Fiegl lief.

Wir hatten in den vergangenen zwei Jahren viel weitergebracht und konstruktiv gearbeitet. Daneben hatte es im Vorstandsteam auch die üblichen Spannungen gegeben, die in der Zusammenarbeit entstehen. Jetzt scheint es plötzlich unmöglich, einen gemeinsamen Weg zu gehen. „St. Pölten“ scheint als ein willkommener Funke benützlich zu sein. Es ist durchaus opportun, bei dieser Gelegenheit, unliebsame Personen durch stromlinienförmige „Pritz-treue“ zu ersetzen. Schon bei der Landesversammlung 1995 schlug A. Pritz J. Fiegl ungeniert zur Kandidatur zur Vorsitzenden vor. Hier wird jetzt etwas gekocht, was nicht in diesen Topf gehört.

DSA Ingrid Farag

**D**as zweifellos überraschende Ergebnis der Wahl des Präsidiums des ÖBVP in St. Pölten hat heftige Reaktionen ausgelöst, in deren Folge es auch zu einem Konflikt im Vorstand des WLP gekommen ist. Bedauerlicherweise hat dies dazu geführt, daß sich das Vorstandsteam als arbeitsunfähig erklärt und daher eine Neuwahl notwendig geworden ist. Offensichtlich ist es für einige Vorstandsmitglieder nicht möglich gewesen, das St. Pöltner Wahlergebnis als ernsthaften Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik des abgewählten Präsidiums zu begreifen, sie können darin nur den Erfolg eines „Putsches“, einer lang vorbereiteten „Intrige“ sehen.

Selbstverständlich ist die Unzufriedenheit und Sorge über manche Vor-

gangsweisen des Präsidiums über längere Zeit hin angewachsen, aber erst die Entwicklungen der letzten Zeit in den Bereichen Kammer und Gesamtvertrag, ließen es zunehmend unerträglich erscheinen, daß es bei der Wahl keine Alternative zur Position des Präsidenten geben sollte. Erst in den letzten Tagen vor der Wahl und dann in St. Pölten selbst stellte es sich heraus, daß eine größere Zahl von Mitgliedern des ÖBVP dazu bereit war, eine zusätzliche Kandidatur von R. Patera, deren politische Position hinreichend bekannt ist, zu unterstützen.

Ich meine, daß es erschreckend und bezeichnend für den inneren Zustand des ÖBVP ist, daß das Wahlergebnis nun nicht als Ausdruck der Kritik anerkannt wird, als Chance für die dringend notwendige Neuorientierung; sondern, daß nun versucht wird, wie im Vorstand des WLP geschehen, diejenigen, die sich daran beteiligt hatten die Kandidatur von R. Patera zu ermöglichen, auszugrenzen und zu diffamieren – eine höchst bedenkliche Art und Weise Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Ich sehe darin den Versuch, das Ergebnis einer Wahl, die den Statuten des ÖBVP gemäß stattgefunden hat, nachträglich ungeschehen zu machen. Dies beweist, wie wichtig es war, daß es ermöglicht wurde, daß es zu einem Wechsel im Präsidium des ÖBVP kommen konnte.

Thomas Aichhorn

**Sensitivität  
für Therapeuten**

**Intuitionstraining mit  
Dr. Rosina Sonnenschmidt**

6.–8. März 1998

**Information und Anmeldung:**  
Da Yu Zentrum für  
Persönlichkeitsentwicklung  
Schulgasse 90/24, 1180 Wien  
Tel./Fax: +43-1/478 84 37

bez. Anzeige

Leserbrief

## Transparenz und Diskussion

Ich bin ÖBVP-Mitglied seit Anbeginn, habe mich aber bis jetzt am berufspolitischen Geschehen nicht aktiv beteiligt. Deshalb war ich auch nicht in St. Pölten bei der Generalversammlung. Für mich ist es aus diesem Grund schwer nachzuvollziehen, was dort wirklich vor sich gegangen ist. Informationen unterschiedlicher Art haben mich aus meinem Dornröschenschlaf gerissen, mich verwirrt, verunsichert und viele Fragen in mir aufgerufen.

Daß sich ein Vorstand exponiert und damit offen (und weniger offen) Kritik aussetzt, ist eine Tatsache. Daß Unzufriedenheit den Wunsch nach Veränderung hervorruft, weiß ich aus oftmaliger Erfahrung, da ich – wie die meisten Menschen in dieses Landes – nicht nur einem Verein angehöre.

In diesen konkreten Fall scheint mir aber die Vorgangsweise eine fragwürdige zu sein. Ich wünsche und erwarte mir deshalb:

- eine offene inhaltliche Diskussion über die Kritikpunkte am alten Präsidium,
- eine kontinuierliche Information über den aktuellen Stand dieser Auseinandersetzung
- eine Wiederholung der Wahl zu einem späteren Zeitpunkt, wenn auch der Punkt Briefwahl (die ich für eine Notwendigkeit erachte) statutenmäßig geändert ist.
- Fortführung der berufspolitischen „Tagespolitik“, bes. Kassenverhandlung und Kammer in bestmöglicher Form unter Beibehaltung der bis jetzt dafür betrauten

Personen, bis intern akzeptable Lösungen gefunden worden sind.

- Regelmäßige Informationen an uns Mitglieder, über ALLE inhaltlichen und personellen Veränderungen.

RECHTZEITIG, damit wir an wichtigen Entscheidungsprozessen auch teilnehmen können.

Anschließend möchte ich noch einige Gedanken zu Alfred Pritz anmerken. Er hat sich viel, meiner Meinung nach, für unsere berufspolitischen Interessen über viele Jahre unermüdet und effizient eingesetzt, die Psychotherapie in den Medien und damit im Bewußtsein vieler Menschen präsenter gemacht und seine Visionen konsequent verfolgt.

Eine Neubesetzung seiner Position muß meiner Meinung nach sehr genau geprüft und nur unter seiner Mitinbeziehung erwogen werden.

Mit kollegialen Grüßen

**Heller, ruhiger  
Praxisraum**

samt Nebenräume

im 3. Bezirk

nach Zeiterfordernis  
zu vermieten.

Tel.: 712 82 88  
(Anrufbeantworter)  
3., Apostelgasse 25–27

bez. Anzeige

## ÖBVP-Präsidiumswahl hat auch Folgen für Wien

Die Generalversammlung und die Neuwahl des Präsidiums des ÖBVP am 22. November in St. Pölten hat viel Unruhe und Mißstimmung erzeugt.

Als Grundtenor ist festzustellen: Nicht prinzipiell die Tatsache einer Ablöse oder eines Wechsels der Personen im Präsidium an sich löste Betroffenheit aus, sondern der Stil, die Art und Weise, wie sich der Wechsel vollzog. Besondere Irritation löste die zwar formal statutengerechte doch erst unmittelbar vor dem Wahlvorgang bekanntgegebene Präsidentschaftskandidatur von Frau Mag. Renate Patera aus. Dargestellt wurde es als eine spontane Aktion, tatsächlich stellte sich nachträglich heraus, daß schon wochenlang davor Wahlwerbung betrieben wurde, sie also geplant war. Auf der abends davor abgehaltenen Länderkonferenz wurde das Thema Präsidentschaftskandidaturen angesprochen, doch mit keinem Wort die geplante und bereits einigen Landesvorsitzenden bekannte Kandidatur von Mag. Patera erwähnt.

Eine solch spektakuläre und bis zuletzt nicht öffentlich gemachte Vorgangsweise entsteht immer aus einem drängenden Wunsch nach Veränderung wegen unlösbarer Konflikte, oder grundlegender Meinungsverschiedenheiten.

Die Transparentmachung der Hintergründe, die Möglichkeit der Darstellung der trennenden Ansichten war nicht möglich, sodaß sich weder die Mitglieder ein faires Bild machen konnten auf Grund dessen sie sich dann für oder gegen einen/eine KandidatIn entscheiden hätten können, noch war es dem amtierenden Präsidenten möglich, Stellung zu nehmen.

Daß es einige Mißverständnisse geben muß, zeigt eine Information der KollegInnen des Tiroler Landever-

bandes, der die Aktion besonders betrieben hat, an seine Mitglieder über die Hintergründe der Wahl, die schlicht falsch ist.

Gerade in einer Zeit, wo berufspolitisch viel in Bewegung ist, wirft ein auf solch undurchsichtige Weise vollzogener Machtwechsel ein denkbar schlechtes Bild nach außen. Meine Sorge gilt den wichtigen anstehenden Themen wie Krankenkassenverhandlungen und KÖR. Aus meiner eigenen Vorstandstätigkeit und aus vielen Verhandlungssituationen weiß ich genau, wie sehr man sich in ein Arbeitsgebiet einarbeiten muß und daß es Zeit in Anspruch nimmt, bis man sich für Verhandlungen einen notwendigen Überblick erworben hat. Das heißt, gerade jetzt während wichtiger Verhandlungen steigt ein ganz neues Vorstandsteam in einen Prozeß ein, in dem Kontinuität besonders wichtig wäre. Abgesehen davon, hat ein Präsidium, das jahrelang Pionierarbeit geleistet hat, sich Verdienste erworben hat, und ein Präsident, der viele schwierigste Situationen mit großem Geschick gemeistert hat, so einen Umgang nicht verdienen! Natürlich gibt es Punkte, wo Kritik angebracht ist, die müssen aber öffentlich ausgetragen werden.

Am meisten enttäuscht es, daß gerade jene, die immer am vehementesten für Transparenz eingetreten sind, diese nun nicht geboten haben.

Es laufen einige Aktionen sowohl von Personenkomitees, die von vielen namhaften KollegInnen unterstützt werden, als auch von Institutionen wie der Lehranstalt für Systemische Familientherapie, den Sektionen Gruppenpsychoanalyse und Psychodrama des ÖAGG, die für Neuwahl des Präsidiums eintreten.

Um die Möglichkeit einer fairen Wahl auf der Grundlage ausführlicher Information und Bekanntgabe

der der jeweiligen Kandidaturen und deren berufspolitische Standpunkte und Programme zu geben und somit ein repräsentatives basisdemokratisches Ergebnis erzielen zu können werden die Landesverbände von Wien, Oberösterreich und Kärnten den Antrag auf eine außerordentliche Generalversammlung mit dem Tagesordnungspunkt Neuwahl des Präsidiums stellen.

Leider waren die Wiener Landesvorsitzende Ingrid Farag und deren zweiter Stellvertreter Thomas Aichhorn federführend an dieser Aktion beteiligt, es wurden wahlwerbende Anrufe getätigt und die „über-raschende“ Präsidentschaftskandidatur vorbereitet, ohne die anderen Vorstandsmitglieder auch nur mit einem Wort davon in Kenntnis zu setzen. Selbst in St. Pölten, wo der gesamte Wiener Vorstand anwesend war, wurden wir von der „Wiener Aktion“ überrascht. Da es sich um solch weitreichende politische und inhaltliche Konsequenzen handelt und wir offenbar absichtlich nicht informiert wurden, mußten wir beiden das Mißtrauen aussprechen und sie zum Rücktritt auffordern. Da sie nicht bereit sind, ihre Funktionen zur Verfügung zu stellen, wir aber keine Basis des Vertrauens für eine Zusammenarbeit mehr sehen, wird es am 19. Februar Neuwahlen des Wiener Landesvorstandes geben.

Leider befindet sich der Wiener Landesvorstand unter der Führung von Ingrid Farag schon zum zweiten Mal in der Situation, daß ein Großteil des Vorstandes nicht mehr mit ihr arbeiten kann. Ich appelliere daher an die Wiener Mitglieder, machen Sie von Ihren Mitsprachemöglichkeiten und Einflußmöglichkeiten durch zahlreiche Beteiligung an der Wahl Ihrer Vertreter Gebrauch!

Dr. Jutta Fiegl

An  
alle Mitglieder des ÖBVP  
Wien, 9. 12. 97

**\*Betr.: Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des ÖBVP**

## Liebe Kollegen/ innen!

Bei der ordentlichen Generalversammlung des ÖBVP am 22. 11. 97 in St. Pölten stand die Neuwahl des Präsidiums auf der Tagesordnung. Unmittelbar vor dem Wahlvorgang selbst wurde bekannt, daß sich außer Dr. Alfred Pritz, der seine Kandidatur zum Präsidenten seit Wochen bekanntgegeben hatte, auch Mag. Renate Patera um die Präsidentschaft (und Dr. Norbert Chimani um die Vizepräsidentschaft) bewirbt. Wir hätten es als angemessen empfunden, daß für den Fall, daß zwei Kandidaten für die eminent wichtige Position der Präsidentschaft zur Auswahl stehen, dies allen Mitgliedern vorher bekannt gewesen wäre.

In der Folge wurde die Wahl durchgeführt, ohne Diskussion über die Hintergründe dieser Bewerbungen, ohne Darstellung der Unterschiede in den Programmen und Funktionsverständnissen, aber auch ohne ausführliche Möglichkeit, die Kandidaten/innen differenziert hinsichtlich ihrer Linie in berufspolitischen Fragen sowie ihrer Motive für die Bewerbung zu befragen. Die einzige Aussage war, daß Mag. Renate Patera "für Teamarbeit stehe". Aus der Wahl ging Mag. Renate Patera mit einem denkbar knappen Stimmenvorsprung (103 : 90) hervor.

Drei Fragen scheinen nun grundsätzlich und im Interesse der repräsentativen Vertretung des ÖBVP nach innen wie nach außen klärungsbedürftig:

1.) Verfügt das nunmehr gewählte Präsidium tatsächlich mehrheitlich

über das Vertrauen der Mitglieder des ÖBVP? Prinzipiell und angesichts der brisanten Themenstellungen im ÖBVP sollte uns allen daran gelegen sein, daß das Präsidium nicht nur formal-demokratisch, sondern auch von der Basis her legitimiert ist.

2.) Wie weit sind eine Präsidentin und ein Vizepräsident glaubwürdig, die ca. eine Stunde vor der Wahl ihre Kandidatur „spontan“ bekanntgeben, wenn offenbar vorher (seit Wochen?) eine Art Wahlkampagne für sie (vielleicht sogar von ihnen selbst?) betrieben wurde? Dieses Vorgehen brachte mit sich, daß der Konkurrent um die Präsidentschaft – in der Annahme, ohne Gegenkandidaten/in zu sein – keine Veranlassung für eine Wahlwerbung und dafür sah, seine Anhänger zu mobilisieren. Immerhin ist dazu im Statut des ÖBVP folgendes ausgeführt: „Personen, die sich zur Wahl stellen wollen, haben ihre Kandidatur bis spätestens 14 Tage vor der Wahl bekanntzugeben. Eine Nominierung ist mit Zustimmung der Wahlkommission möglich.“

3.) Welche Konflikte und Gegensätze stehen hinter dieser "Blitzkandidatur" und Wahlstrategie? Die Mitglieder haben ein Recht darauf, über die Stil- und Auffassungsunterschiede informiert zu werden, um entscheiden zu können, durch wen sie sich in für die Psychotherapie in Österreich so wesentlichen Fragen mehrheitlich vertreten fühlen.

Um einen fairen Wettbewerb um die Präsidiumsfunktionen – und der damit verbundenen inhaltlichen Positionen und persönlichen Sympathien

– zu ermöglichen, treten wir nun dafür ein, eine **außerordentliche Generalversammlung** einzuberufen, in deren Verlauf die anstehenden Punkte transparent gemacht werden können und eine Wahl anberaumt wird, in der alle Kandidaturen allen Mitgliedern vorher bekannt sind. Das Statut des ÖBVP sieht vor, daß "auf schriftlichen Antrag von mindestens 100 ordentlichen Mitgliedern" eine außerordentliche Generalversammlung - binnen zwei Monaten - stattzufinden hat.

Falls Sie sich unserer Argumentation anschließen wollen, ersuchen wir Sie, den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit dem Tagesordnungspunkt „Wahl des Präsidiums“ im unteren Abschnitt zu unterzeichnen und an **Sylvia Keil, 1080 Wien, Albertgasse 39/6** zu schicken. Die Erklärungen werden dann gesammelt an das Präsidium, das laut Statut zunächst für die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zuständig ist, weitergeleitet.

Mit den besten Wünschen für die Weihachtsferien und das kommende Jahr und in der Hoffnung, daß eine konstruktive Lösung für die Krise und eine gemeinsame Basis gefunden wird.

*Mag. Andrea Brandl-Nebehay,  
Sylvia Keil, DDr. Alfred Längle,  
Dr. Gerhard Stumm, Thomas Weber*

# Jahresbericht des WLP für 1997

Der WLP-Vorstand setzt sich regelmäßig in monatlichen Vorstandssitzungen (also zwölf Mal) zusammen und trifft sich zwei Mal im Jahr zu einer Klausur. Wir haben eine Geschäftsordnung und teilen die Arbeit in Ressorts untereinander auf.

Als größter Zweigverein des ÖBVP trägt der WLP natürlich auch zur Arbeit des ÖBVP in verschiedenen Kommissionen und Projekten bei. Der WLP-Vorstand hat 1996 gesamt 3400 Stunden aufgebracht, 1997 Jän–Okt 2900 Stunden.

Unsere Ziele beschließen wir am Anfang unserer Funktionsperiode, für 1997 waren das:

- sich verstärkt für die Psychotherapie in Institutionen einzusetzen
- den Ausbildungsvereinen eine Plattform bieten und sie stärker in die Verbandsarbeit einbeziehen

Wir haben unsere Ziele im möglichen Ausmaß realisiert bzw. unseren Zielen entsprechend unsere Kräfte und Mittel eingesetzt.

## VEREINE

Zunächst haben wir mit den tiefenpsychologisch-psychoanalytisch orientierten Vereinen intensiv zusammengearbeitet. Nach Gründung der Dachgesellschaft haben wir verstärkt mit der Vereinskonzferenz kooperiert. Auf dieser Ebene besteht eine tragfähige Basis für Zusammenarbeit.

## KOOPERATIONEN

Weiterhin sind WLP-Delegierte in allen Länder- und Bundeskonferenzen bzw. in fast allen Ausschüssen und Kommissionen des ÖBVP sehr aktiv.

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

Im ÖBVP wurde eine Arbeitsgruppe (mit VertreterInnen der Länder und Ausbildungsvereine) zum Thema KÖR eingerichtet. Sie informiert und

versucht Ideen zur zukünftigen Gestaltung des ÖBVP zu entwickeln.

## KRANKENKASSEN und KASSENVERTRAG

Gleich zu Beginn dieses Jahres konnte der Jour fix mit der WGKK wieder aufgenommen werden. In regelmäßigen Abständen treffen einander VertreterInnen des WLP-Vorstands und der WGKK. Leider ist es nicht gelungen den Unterstützungsfond für Psychotherapie zu öffnen.

Zum Kassenvertrag wird regelmäßig in der WLP-Zeitung berichtet und neuerdings haben wir eine Hotline eingerichtet, wodurch telefonische Anfragen erleichtert werden.

## KAG – KRANKENANSTALTENGESETZ

Auf Landesebene wird endlich „PsychotherapeutIn“ als eigene Berufsbezeichnung möglich.

## PR

Einschaltungen und Artikel in der Standard, Bezirkszeitung/Stadtjournal, Der Einkauf, und Gesundheit warben für Psychotherapie allgemein und für unsere Infostelle im Besonderen.

## VERANSTALTUNGSTÄTIGKEIT

Im Jänner 1997 veranstaltete der WLP in Kooperation mit der CA eine Podiumsdiskussion mit prominenten VertreterInnen aus Psychotherapie, Politik und Wirtschaft.

Neu eingeführt haben wir den „Begrüßungscocktail“ für neu eingetragene PsychotherapeutInnen, den wir zwei Mal jährlich veranstalten, um Gelegenheit zu bieten, den Vorstand und die WLP-Aktivitäten kennenzulernen.

Seit einigen Semestern bieten wir regelmäßig an der Vorlikhschule Urania eine Reihe zu „Psychotherapiemethoden stellen sich

vor“ an. In Zusammenarbeit mit den Ausbildungsvereinen wird an Hand von Video, Vortrag und Diskussion die Bevölkerung informiert.

Im Juni fand unser jetzt schon traditioneller Sommerheureriger statt, zu dem alle MitarbeiterInnen unserer WLP-Gruppierungen eingeladen sind, um auch einmal im Jahr informell alle WLP-lerInnen zu treffen.

Im September wurde eine neue Veranstaltungsreihe „Kamingespräche“ gestartet. Geplant ist drei Mal jährlich im privatem Rahmen zwei KollegInnen zur Diskussion einzuladen.

Anfang Oktober fand in den Bezirksämtern Wiens eine Woche zur Brustkrebsvorsorge statt.

Ebenfalls im Oktober diskutierten wir zum Thema PsychotherapeutInnen-Kammer.

Das Tanzfest wurde samt Verspätung im Oktober doch noch ein Erfolg.

## INTERNET

Der WLP ist mit ca. 15 Informationsseiten im Internet und auch über E-mail erreichbar.

## WLP-NACHRICHTEN

Die WLP-Nachrichten sind eine etablierte Informationsquelle für Mitglieder geworden und erscheint wieder mit sechs regulären Ausgaben.

## INFORMATIONSTELLE FÜR PSYCHOTHERAPIE

Unsere Infostelle bietet weiterhin acht Stunden telefonische und zusätzlich acht Stunden persönliche Beratung kostenlos an. Es arbeiten ca. 20 PsychotherapeutInnen unentgeltlich mit.

**BESCHWERDESTELLE**

Seit November 1996 hat der WLP eine Beschwerdestelle eingerichtet. Sie ist zwei Mal monatlich zu erreichen und wird von erfahrenen von der Landesversammlung eingesetzten PsychotherapeutInnen betreut.

**REGIONALTREFFEN**

Die vier Regionen werden regelmäßig einberufen. Ungefähr ein Mal im Monat veranstaltet jede Region ein Treffen in einem Wiener Gasthaus

zur gegenseitigen Information und informellen Austausch.

Heuer wurde in allen 23 Bezirken Wiens eine BezirkspsychotherapeutIn und deren StellvertreterIn ernannt. Damit kann der WLP verstärkt Veranstaltungen in den Bezirken anbieten.

**WLP-BÜRO**

Nach wie vor ist unser Büro für Mitglieder 12 Std/wöchentlich erreichbar.

bar. Wir sind Ende 1997 damit beschäftigt 2 neue Sekretärinnen einzuschulen und mit Psychotherapie vertraut zu machen.

*DSA Ingrid Farag  
Vorsitzende*

**Liebe Kolleginnen und Kollegen im 5. Bezirk!**

Zu unserem großen Bedauern waren wir beim letzten Bezirkstreffen nur zu fünft, obwohl 36 Einladungen ausgesandt worden waren. Klarerweise konnten wir in dieser geringen Zahl nicht viel unternehmen und haben uns daher entschlossen, vorerst einen monatlichen Stammtisch anzubieten. Sollten sich dabei mehr Interessenten finden, werden wir gemeinsame Strategien ausarbeiten und uns auch um eventuelle Sponsoren umsehen.

**Jeden ersten Montag im Monat um 20 Uhr Stammtisch im  
Café-Restaurant Celeste, Hamburger Straße 18, Tel. 586 53 14.**

**Der erste Stammtisch ist am Montag, dem 2. Februar 1998.  
Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen.**

Für weiter Informationen stehe ich unter 545 53 35 zur Verfügung.  
Mit freundlichen Grüßen Anna Legler-Guc



*Frohe Weihnachten und  
erholsame Feiertage*

*wünscht der*

*Wiener Landesverband*

Der WLP lädt ein zu einem weiteren

**KAMINGESPRÄCH**

**„Psychotherapie – wohin gehst du?“**

Gäste werden sein:

Dr. Ingrid BARTOSCH-KRAFFT-EBING  
Dr. Richard PICKER

**Zeit: Freitag, 13. Februar 1998, 20 Uhr**

**Ort: Friedlgasse 10, 1190 Wien**

Da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist,  
ersuchen wir um telefonische oder schriftliche Anmeldung an das WLP-Büro.

**QUANTENBEWUSSTSEIN****Der Weg über Psychotherapie hinaus mit Dr. Stephen Wolinsky**

ist eine nicht analytische Form der Psychotherapie, die Enthypnotisierungstechniken benutzt, so daß der Klient aus seiner Trance erwacht und somit aus seinem Problemzustand.

Dr. Stephen Wolinsky ist Autor zahlreicher Bücher („Die alltägliche Trance“, „Quantenbewußtsein“, „Die dunkle Seite des inneren Kindes“, „Das Tao des Chaos“, erschienen im Lüchow Verlag Freiburg) und Begründer des Quantum Approach, der Physik und Chaostheorie in die Psychotherapie einbringt.

**Seminar:**

Fr. 27. 2. bis So. 1. 3. 1998  
jeweils 12.00 bis 17.30

**Anmeldung & Information:** Institut Dr. Schmida, Lehargasse 1/2, 1060 Wien  
Tel: 587 50 46 Fax: 587 50 464

bez. Anzeigen

**ZWEIJÄHRIGE FORTBILDUNG IN SYSTEMBEZOGENER FAMILIENTHERAPIE****nach Bert Hellinger mit Lorenz Wiest**

Über praktische Selbsterfahrung und durch „learning by doing“ wird der systemische Ansatz nach B. Hellinger vermittelt.

Pro Jahr finden 4 Seminare à 3 Tage statt, Mindestalter 28 Jahre.

**Lorenz Wiest** ist Körperpsychotherapeut. Verheiratet, 5 Kinder, Leiter des Core Energetic Instituts Deutschland. Systemischer Psychotherapeut in freier Praxis und Supervisor in Kliniken und Organisationen.

**Seminar 1 bis 4:**

23.–25. 1. 98, 24.–26. 4. 98, 10.–12. 7. 98, 23.–25. 10. 98

Ihr Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf richten Sie bitte an: **Institut Dr. Schmida, z. Hdn. Sven Kress/Psychotherapeut, Lehargasse 1/2, 1060 Wien.**

bez. Anzeigen

**REGIONALINFO****1997 das Jahr der Regionen**

Das Jahr 1997 sollte als „Jahr der Regionen“ den besonderen Stellenwert der internen Vernetzung hervorheben und ein neuer Start zum spezifischen Ausbau der Regionen sein.

In erster Linie sollte angestrebt werden, aus dem Mitgliederkreis AktivistInnen zu ermutigen, erste Schritte zum gegenseitigen Kennenlernen, zu Meinungsaustausch und zur Zusammenarbeit zu setzen.

Dieses Vorhaben gelang ausgezeichnet. Es fanden 38 Regionaltreffen statt. Außerdem gab es auch 17 Kooperationstreffen mit Ärzten. Die Basisthemen bei den Zusammenkünften in den Regionen fanden regen Anklang: z. B. Krankenkassen, Überweisungskontext, Rechtsfragen in der Psychotherapie etc.

Durchschnittlich nahmen 13 Leute pro Abend teil. Das rege Interesse führte zu der Idee, in jedem Bezirk eine/n BezirkspsychotherapeutenvertreterIn durch Wahl zu ernennen. Mittlerweile gibt es 28 Kollegen, die sich für dankenswerter Weise für dieses Amt zur Verfügung gestellt haben.

Die BezirkspsychotherapievertreterInnen werden sich im Laufe des nächsten Jahres im Bezirk vorstellen. Mit ihrer Hilfe wird es gelingen, auf Bezirksebene noch besser mit Kollegen und anderen Berufsgruppen zu kommunizieren.

Eine Liste der BezirkspsychotherapievertreterInnen liegt im WLP-Büro ab Mitte Jänner 1998 auf.

Zum Schluß nochmals einen Aufruf, Infos und Beiträge zu den Basisthemen der einzelnen Regionen zu schicken, diesmal bis spätestens 24. Jänner 1998.

In der Hoffnung, Sie/Euch bei dem nächsten Regionaltreffen zu sehen, Ihr/Euer

Hans Mauder

**Region SO**

4., 5., 6., 10., 11. Bezirk

- MO 19. 1. 98  
steuerliche Aspekte
- MO 16. 2. 98
- MO 16. 3. 98
- MO 27. 4. 98
- MO 18. 5. 98
- MO 15. 6. 98
- jeweils 20.00 Uhr
- Restaurant ASSIS  
Joanellgasse 9, 1060 Wien  
Tel. 587 22 16

**Region SW**

7., 12., 13., 14., 15., 23. Bezirk

- DI 20. 1. 98
- DI 17. 2. 98
- DI 24. 3. 98
- DI 14. 4. 98
- DI 19. 5. 98
- DI 16. 6. 98
- jeweils 20.00 Uhr
- Café REIGEN  
Hadikgasse 62/ Nisselg.,  
1140 Wien  
Tel. 894 00 94

**Region NO**

1., 2., 3., 20., 21., 22. Bezirk

- DO 22. 1. 98  
steuerliche Aspekte
- DO 19. 2. 98
- DO 26. 3. 98
- DO 23. 4. 98
- DO 14. 5. 98
- DO 16. 6. 98
- jeweils 20.00 Uhr
- Restaurant WIENERWALD  
Prager Str. 14, 1210 Wien  
Tel. 272 33 61

**Region NW**

8., 9., 16., 17., 18., 19. Bezirk

- DO 29. 1. 98  
steuerliche Aspekte
- DO 26. 2. 98
- MO 23. 3. 98
- DO 16. 4. 98
- DO 28. 5. 98
- DI 23. 6. 98
- jeweils 20.00 Uhr
- Restaurant MARTINSCHLÖSSL  
Martinstr. 18, 1180 Wien  
Tel. 405 54 41

# FC FREUD

## FC Freud sensationell!

Beim Bezirksjournalhallenfußballcup der Stadt Wien, an dem 82 Mannschaften teilgenommen haben, gelang es dem FC FREUD überraschender Weise in der Gruppe Senioren den sechsten Platz zu belegen.

Gegen den russischen Ex-Nationalspieler Schawlo und die Ex-Bundesligaspieler Csarmann und Marjanovic machten die Spieler des FC FREUD gute Figur. Dies ist um so erfreulicher und besonders wichtig, weil im Juli 1999 das erste Weltfußballturnier für Psychotherapeuten im Rahmen des 2. Weltkongresses für Psychotherapie in Wien stattfinden wird. Der FC FREUD wird den Stammkader der österreichischen Psychotherapeuten-Nationalmannschaft stellen. Für diesen Event suchen wir noch Fußballspieler, die Spaß und Freude haben, an diesen internationalen Spielen teilzunehmen.

Das erste vorbereitende, freundschaftliche Länderspiel wird schon im Juni 1998 in Paris stattfinden. Spieler melden sich unter meiner Telefon- bzw. FAX-Nummer: 81 31



Das erfolgreiche Team

873, bzw. im WLP-Sekretariat unter 512 61 73.

Der nächste Spieltermin des FC FREUD findet im Rahmen der Hallenfußballdiözesan-meisterschaft am

Freitag, den 9.1.1998 im Sportzentrum Marswiese, 1170 Wien, Neuwaldeggerstraße 57a statt. Wir würden uns freuen, wenn KollegInnen unser Team anfeuern würden.

Hans Mauder

### Beziehung in Bewegung

Eine Einführung in die therapeutische Beziehung als nonverbaler Bewegungsdialog.

Fortbildungsseminar in bewegungsanalytischer Therapie, Methode Cary Rick.

Fr. 9. 1. 1998, 18 Uhr, bis Sa. 10. 1., 18 Uhr

Kosten: 1.750,-

Ort: Gruppenraum in 1160 Wien

Leitung und Anmeldung: Dr. Gabriele Kofler-Kraxenberger, Tel. 407 28 52

### Paare im Bewegungsdialog

Seminar in bewegungsanalytischer Therapie, Methode Cary Rick

Fr. 24. April 98, 18 Uhr, bis

So. 26. April 98, 13 Uhr

Kosten: 2.600,-

Seminarhotel Flackl, Reichenau

Leitung: Cary Rick und

Dr. Gabriele Kofler-Kraxenberger

Programm und Anmeldung: Tel. 407 28 52

bez. Anzeigen

### Weiterbildung für PsychotherapeutInnen

#### MEDIATION

Workshopreihe, Beginn März 98

- Konflikt u. Analyse • Ablauf u. Stufen der Mediation
- Gesprächsführung u. Verhandlungstechniken
- Verhandeln u. Entwickeln von alternativen Konfliktlösungen
- Mediation u. Recht • Anwendungsgebiete der Mediation; ( 6 Wochenendseminare, Freitagabend bis Sonntagmittag, die Seminare können auch einzeln absolviert werden. )

#### Coaching & Organisationsentwicklung ( OE )

Lehrgang, Dauer: 1-3 Semester, Beginn: März 98

- Coaching: Coachingkonzepte, Managementfunktion u. Leitung, Personalentwicklung, Rolle der/des Coacherin/ers, Coachingauftrag u. Implementierung
- Organisationsentwicklung: Organisationsformen, Profit- u. Nonprofitunternehmen, Arbeitsauftrag, Beratungskonzepte u. -ablauf, Führungsmodelle, Leitbild u. Corporate Identity ( 6 Wochenendblöcke, Praxisseminar, Praxissupervision )

Info u. Anmeldung:

ARQE Sozialpädagogik / Akademie für Psychoanalyse

Kugelfangg. 58, 1210 WIEN, Tel./Fax.: 38 61 94

Die ARQE Sozialpädagogik / Akademie für Psychoanalyse ist als Weiterbildungsrichtung am OBVP anerkannt, die Seminare und Weiterbildungsangebote gemäß § 14/1 des Psychotherapeutengesetzes

bez. Anzeige

### Großzügiger Praxisraum

ca. 30 m<sup>2</sup>

eingerrichtet für Einzel-, Gruppen- und Kindertherapie  
kann ab sofort (mit-)genützt werden

inkl. Mitbenützung von Teeküche, Telefon, Anrufbeantworter, Fax, WC und gemütlichem Warteraum.  
alle zentral geheizt

22. Bezirk, Schiffmühlenstraße

öffentlich gut erreichbar mit U1 (Station International Center), 90 A oder kurzem Fußweg

Anfragen an:

Tel./Fax: 01/209 82 50

oder e-mail: RenateWrabel@compuserve.com

bez. Anzeige



**Wie steht's? ...wie stets!**

von Bernhard Trenkle  
Carl Auer Verlag

sowie andere Bücher zur  
Seelenkunde

**Buchhandlung Gersthof**  
1180 Wien, Gersthofer Straße 55  
Tel./Fax: 470 05 75

bez. Anzeige

### **Einladung zur Buchpräsentation**

Zum 65. Geburtstag von Dr. Richard Picker erscheint im Tyrolia-Verlag  
als Festschrift das Buch

### **Psychotherapie und Religion**

Mit Beiträgen u. a. von Kardinal König, Bert Hellinger, Erwin Bartosch, Alfred Pritz,  
Erhard Busek, Gernot Sonneck, Augustinus Wucherer.

Buchpräsentation mit musikalischer Umrahmung (Prof. Werner Hink von den  
Wiener Philharmonikern), Kardinal König und Erhard Busek als Ehrengästen,  
anschließendem Buffet und Fest

**am Freitag, den 23. Jänner 1998 um 17 Uhr**  
im Prälatensaal des Schottenstiftes  
Freyung 6, Stiege 1, 1. Stock

bez. Anzeige

bez. Anzeige

## **4. ÖSTERREICHISCHER PSYCHOTHERAPIEBALL**

veranstaltet vom  
Österreichischen Arbeitskreis für Gruppentherapie und Gruppendynamik  
(ÖAGG)

am Samstag  
14. Februar 1998

im Palais Auersperg  
1080 Wien

Einlaß 20.00 Uhr, Beginn 21.00 Uhr



Ballkartenbestellung:  
Organisationsbüro des 4. Österreichischen Psychotherapieballes:  
Lenaugasse 3, 1082 Wien  
Tel.: 408 21 70 DW 27  
bei Frau Moraitis

Achtung!  
Frühbestellpreis (bis 31. 12. 97): ÖS 480,-  
Vorverkaufspreis (1. 1. 98-11. 2. 98): ÖS 580,-  
Abendkassa am Tag der Veranstaltung ab 19 Uhr: ÖS 680,-  
Tischreservierung: 4er Tisch: ÖS 180,-/8er Tisch ÖS 380,-/10er Tisch ÖS 480,-

Ballkomitee:  
Christine Freiler, Claudia ReinerLawugger  
Roland Bösel, Domna Ventouratou-Schmetterer

## Service für Mitglieder

- **Rechtsschutz und Berufshaftpflicht:** für Mitglieder gibt es vom ÖBVP in Kooperation mit der Interunfall sehr günstige Versicherungen. Tel. 512 70 90.
- **Arztbedarf:** Diese Firma bietet WLP-Mitgliedern Einkaufsmöglichkeiten bei 120 Firmen entweder zu Großhandelspreisen oder mit Rabatten bis zu 50%.
- **Urania-Serie:** Als ReferentInnen zu „Wege zum Menschen – Psychotherapiemethoden stellen sich vor“ werden nur WLP-Mitglieder eingeladen.
- **Einkaufsliste:** des ÖBVP ist für alle Mitglieder im Büro erhältlich. Tel. 512 70 90.
- **WLP-Nachrichten:** erscheinen 6mal im Jahr und sind inklusive aller Sondernummern für WLP-Mitglieder gratis.
- **Inserate:** für Mitglieder reduzierter Anzeigenpreis: ab 1997 1 Seite öS 2200.–, 1/2 Seite öS 1100.–, 1/4 Seite öS 550.– und 1/8 Seite öS 275.–, jeweils zuzüglich 10% Anzeigenabgabe.

## Service für Nichtmitglieder

- **Abonnement der WLP-Nachrichten:** Schriftlich zu bestellen für Nicht-PsychotherapeutInnen oder Mitglieder anderer Landesverbände des ÖBVP ab 1997 zum Jahrespreis von öS 270.–
- **Inserate:** ab 1997 1 Seite öS 4400.–, 1/2 Seite öS 2200.–, 1/4 Seite öS 1100.– und 1/8 Seite öS 550.–, jeweils zuzüglich 10% Anzeigenabgabe

- **WLP im Internet:**  
<http://www.pips.co.at/wlp>  
E-mail: [wlp@pips.co.at](mailto:wlp@pips.co.at)
- **Psychotherapie im Internet:**  
Der Psychotherapie-Server, kurz PTH-Server, ist ab jetzt im Testbetrieb unter <http://www.psychotherapie.at>. Ihre Anregungen sind willkommen!

## WLP-Termine

- 29.01.98 Regionaltreffen NW
- 10.01.98 a. o. ÖBVP-Generalversammlung in Salzburg
- 28.01.98 CA-Podiumsdiskussion des WLP
- 19.02.98 Landesversammlung des WLP
- 13.02.98 WLP-Kamingespräch

Die nächste Nummer der WLP-Nachrichten erscheint voraussichtlich Anfang Februar

Redaktionsschluß: 26. 1. 1998

### Vorstand

Vorsitzende	DSA Ingrid Farag
1. Vorsitzende Stv.	Dr. Jutta Fiegl
2. Vorsitzender Stv.	Thomas Aichhorn
Schriftführer	Heinz Laubreuter
Kassierin	DSA Ingrid Erkingler
Kassier Stv.	Hans Mauder
Sekretariat	Maria Ruttinger, Andrea Wolfart

Leitung, PR  
KAG  
Krankenkassen  
Zeitung  
Infostelle, Beschwerdestelle  
Regionen, Büro  
Mo, Di, Mi 11–14 h, Do 15–18 h

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:

WLP, 1010 Wien, Rosenbursenstr. 8/3/8

Tel + Fax 512 61 73

Redaktion: Heinz Laubreuter, Dr. Gerhard Stemberger,

Die Red. behält sich vor, Beiträge zu kürzen.

DVR 0738506, Auflage: 1300

Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b.

An:

DSA Ingrid Farag  
Wüthg. 4a/7  
1190 Wien